

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

Köthen (Anhalt), 23.11.2016

über die 1. Sondersitzung des Hauptausschusses  
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	17.11.2016	Ort :	06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn :	18:30	Straße :	Marktstraße 1-3
Ende :	20:30	Raum :	Kleiner Sitzungssaal (Raum 34)

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

11 (siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB), (OB)  
Alexander Frolow, (DEZ), (Dezernat 3)  
Ina Rauer (DEZ, (Dezernat 6)  
Jürgen Richter (AL), (Amt 10)  
Dana Rösler (AL), (Amt 20)  
Aris Aleku (jur. SB), (030)  
Sabine Pennewitz (AL), (RPA)  
Steffi Paschkowski, (Ratsbüro)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

Mitteldeutsche Zeitung  
Klaus Hundt

Tagungsleitung :

Bernd Hauschild

Schriftführer :

Steffi Paschkowski

**Ausschussvorsitzender**

**Protokollführerin**

Bernd Hauschild

Steffi Paschkowski

## Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Bebauungsplan Nr. 30 „Wohngebiet Wülknitzer Straße“ in Köthen (Anhalt) hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages	2016159/2
2.5	Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köthen (Anhalt) - Zweitwohnungssteuersatzung	2016137/7
2.6	Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 Satz 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) zur vorläufigen Weiteranwendung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung des UStG	2016139/1
2.7	Auflösung des Abwasserzweckverbandes Ziethetal, Aufgabenübertragung auf den Abwasserverband Köthen, Vertrag zur Aufgaben- und Vermögensübertragung	2016143/5
2.8	Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Satzung über die Vergabe und Nutzung von Räumlichkeiten in der Ortschaft Baasdorf	2016148/2
2.9	Änderungssatzung zur Benutzungsgebührensatzung für die Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses in der Ortschaft Dohndorf	2016149/2
2.10	Änderung der Satzung für die Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses "Festburg" in der Ortschaft Löbnitz an der Linde	2016147/2
2.11	Änderung der Satzung zur Nutzung Dorfgemeinschaftshaus Wülknitz	2016146/2
2.12	Vertragsverlängerung des Beleuchtungsvertrages	2016155/2
2.13	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

## **Protokolltext**

### 1.1 Einwohnerfragestunde

**Herr Hundt** fragt nach der fehlenden Legitimierung des Wahlleiters für die Oberbürgermeisterwahl 2015. Er erklärt, dass die entsprechende Beschlussvorlage im Amtsblatt bis heute nicht für ungültig erklärt wurde.

**Der Oberbürgermeister (OBm)** erklärt, dass für die nächste Wahl, die 2017 stattfinden wird, die Ergänzungswahl Ortschaftsrat Löbnitz an der Linde, der Wahlleiter und sein Stellvertreter im letzten Stadtrat ordnungsgemäß durch den Stadtrat berufen wurden. Für die Oberbürgermeisterwahl 2015 wird der Oberbürgermeister prüfen lassen, ob im Amtsblatt der Stadt Köthen (Anhalt) die Berufung des Wahlleiters für ungültig erklärt werden muss.

**Herr Hundt** fragt nach der Änderung der Geschäftsordnung. Er erklärt, dass in der Geschäftsordnung unter § 3 Absatz 1 Einwohner das Recht haben, an öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Dies ist nicht rechtens, das wurde seitens der Stadtverwaltung anerkannt. Laut Verwaltung soll dieser Mangel bei der nächsten Änderung der Geschäftsordnung mitgehoben werden. Herr Hundt fragt, wann der Stadtrat die Geschäftsordnung ändern und beschließen will.

**Der OBm** bittet alle anwesenden Hauptausschussmitglieder, sich mit der Geschäftsordnung zu beschäftigen und Änderungswünsche einzubringen. Daraufhin wird eine Änderung der Geschäftsordnung seitens der Verwaltung in den Stadtrat zu Abstimmung eingebracht.

### 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung

**Der OBm** begrüßt die 10 anwesenden Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Ladung zu Beginn der Sitzung und damit die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

### 2.1 Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)

**StRn Buchheim** beschwert sich über die knappe Protokollierung des letzten Hauptausschusses.

Sie bittet um einen Nachtrag bezüglich ihrer Beschwerde, dass für die Informationsveranstaltung am 22. November 2016 „Gestaltung BMK-Gelände“ der Ratssaal der Stadt Köthen (Anhalt) genutzt wird. Dadurch entsteht der Anschein, dass seitens der Stadt ein Vollsortimenter an dieser Stelle gewünscht ist.

*StRn Buchheim beschwert sich, dass die Informationsveranstaltung am 22. November 2016 „Gestaltung BMK-Gelände“ der Ratssaal der Stadt Köthen (Anhalt) genutzt wird. Die Stadt Köthen (Anhalt) ist nicht der Ausrichter der Veranstaltung. Dadurch entsteht der Anschein, dass seitens der Stadt ein Vollsortimenter an dieser Stelle gewünscht ist und durch alle Mitglieder des Stadtrates mitgetragen wird.*

Weiter soll unter der Beratung zur Beschlussvorlage „Schaffung einer Beamtenstelle“ die einleitende Erläuterung des Oberbürgermeisters aufgenommen werden, da sonst nicht der Anlass deutlich wird, nachdem **StRn Buchheim** um den Schriftverkehr zwischen dem Landkreis und der Stadt Köthen (Anhalt) bittet.

*Der Oberbürgermeister erläutert die vorliegende Beschlussvorlage zur Schaffung einer Beamtenstelle. Weiter berichtet er vom Schriftwechsel bezüglich der Vorlage mit der Kommunalaufsicht. Die Stadtverwaltung und die Kommunalaufsicht vertreten unterschiedliche Rechtsauffassung bezüglich der Schaffung der Beamtenstelle.*

*Die Kommunalaufsicht spricht hinsichtlich der Beamtenstelle ihre Bedenken aus. Die Beamtenstelle ist im Stellenplan der Stadt Köthen (Anhalt), der Bestandteil des Haushaltes 2016 ist, nicht eingeplant. Die Kommunalaufsicht vertritt die Auffassung, dass dadurch die Änderung der Angestelltenstelle in eine Beamtenstelle eines Haushaltssatzungsbeschlusses und einer Nachtragshaushaltssatzung bedürfe, die durch einen fehlenden Haushalt 2016 nicht beschlossen werden kann.*

*Seitens der Verwaltung wird eine Stellungnahme an die Kommunalaufsicht versandt, mit der die Bedenken der Kommunalaufsicht behoben werden sollen.*

Die so geänderte Niederschrift des öffentlichen Teils wird mit 2 Enthaltungen und 8 Ja-Stimmen beschlossen.

## 2.2 Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)

**Der OBm** informiert, dass am Rathaus keine Werbebanner mehr angebracht werden. Durch die aufgekommene Problematik des Werbebanners für den 11.11. wird der OBm zukünftig von seines Hausrechtes Gebrauch machen und alle Anfragen zur Anbringung von Bannern am Rathaus ablehnen. Für die Gestaltung des Halleschen Turmes durch Augen und Nase wurde eine unbefristete denkmalrechtliche Genehmigung ausgesprochen. Für das Banner am Magdeburger Turm muss noch Rücksprache mit der Hochschule gehalten werden, ob eine unbefristete denkmalrechtliche Genehmigung seitens der Hochschule angestrebt wird. Abschließend weist der OBm darauf hin, dass beide Banner, Hallescher Turm und Magdeburger Turm nicht unter die Sondernutzungssatzung fallen, da diese keinen Verkehrsraum in Anspruch nehmen.

Weiter erklärt der OBm, dass die Anfragen aus den letzten Hauptausschuss zeitnah schriftlich beantwortet werden.

## 2.3 Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

**Der OBm** erklärt, dass der Tagesordnungspunkt „Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köthen (Anhalt) – Zweitwohnungssteuersatzung“ zurückgezogen wird.

Weiter informiert der OBm, dass er bei dem Tagesordnungspunkt „Vertragsverlängerung des Beleuchtungsvertrages“ dem Mitwirkungsverbot unterliegt und weder an der Beratung noch an der Abstimmung zur Beschlussvorlage teilnehmen wird.

Die so geänderte Tagesordnung öffentlicher Teil wird einstimmig angenommen.

## 2.4 Bebauungsplan Nr. 30 „Wohngebiet Wülknitzer Straße“ in Köthen (Anhalt) hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages

**StRn Buchheim** fragt nach den Änderungen des städtebaulichen Vertrages, der allen Stadträten per Mail zugesandt wurden, die Bearbeitungszeit, die den Mitgliedern des Hauptausschusses eingeräumt wurde, war zu kurz, um beide Verträge miteinander zu vergleichen.

**Frau Rauer** erklärt, dass es sich um redaktionelle Änderungen handelt.

Unter §1 Absatz 2 wurde Flurstück 1058 gestrichen. In § 4 Absatz 1 wurde die Frist auf 7 Tage geändert und unter § 5 Absatz 1 wurde *aktualisierte Fassung vom 14.10.2016* aufgenommen.

**StRn Buchheim** bittet, zukünftig solche Änderungen farblich zu kennzeichnen.

Abstimmung: 10/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

## 2.5 Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Köthen (Anhalt) – Zweitwohnungssteuersatzung

Keine Wortmeldung der Mitglieder des Hauptausschusses – durch die Verwaltung zurückgezogen

## 2.6 Optionserklärung gemäß § 27 Absatz 22 Satz 3 Umsatzsteuergesetz (UStG) zur vorläufigen Weiteranwendung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung des UStG

Keine einleitenden Erläuterungen – keine Wortmeldungen der Mitglieder des Hauptausschusses

Abstimmung: 11/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

## 2.7 Auflösung des Abwasserzweckverbandes Ziethetal, Aufgabenübertragung auf den Abwasserverband Köthen, Vertrag zur Aufgaben- und Vermögensübertragung

**StR Heeg** fragt nach den Abstimmungsergebnissen der Ortschaften und des Bau-, Sanierungs- und Umweltausschusses.

**Der OBm** informiert, dass die anwesenden Ortschaftsratsmitglieder Löbnitz an der Linde 3/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung), die anwesenden Ortschaftsratsmitglieder Dohndorf 6/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung), die anwesenden Ortschaftsratsmitglieder Wülknitz 5/1/0 (Ja/Nein/Enthaltung) und die anwesenden Mitglieder des Bau-, Sanierungs- und Umweltausschusses 6/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) gestimmt haben.

Abstimmung: 9/2/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

## 2.8 Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Satzung über die Vergabe und Nutzung von Räumlichkeiten in der Ortschaft Baasdorf

Keine einleitenden Erläuterungen – keine Wortmeldungen der Mitglieder des Hauptausschusses

Abstimmung: 10/0/1 (Ja/Nein/Enthaltung)

## 2.9 Änderungssatzung zur Benutzungsgebührensatzung für die Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses in der Ortschaft Dohndorf

**StR Heeg** fragt nach, inwieweit die Ortschaften bei der Entscheidung über eine Erhöhung der Benutzungsgebühr um 50 % involviert waren.

**Herr Richter** erklärt, dass die Ortschaften über die Erhöhung bereits informiert waren.

**StR Schönemann** fragt nach einer Begründung zur Ablehnung der Beschlussvorlage des Ortschaftsrates.

**Frau Rösler** erklärt, dass der Ortschaftsrat befürchtet, dass das Dorfgemeinschaftshaus nach einer Erhöhung der Benutzungsgebühr nicht mehr im jetzigen Umfang genutzt wird. Einer Erhöhung will der Ortschaftsrat beim jetzigen Zustand der Räumlichkeiten nicht zustimmen, für das Haushaltsjahr 2017 wurde eine neue Küchenausstattung beantragt.

**StRn Buchheim** erklärt, dass alle Ortschaften gleich behandelt werden sollten und die Änderungen der Benutzungsgebührensatzung gleich gestaltet werden sollte, solange räumliche oder andere Gegebenheiten Vorort nicht widersprechen.

Sie stellte den Antrag, die Nutzungsgebühren für das Dorfgemeinschaftshaus Dohndorf auf 65 € festzulegen. (Abstimmung: 6/4/1 (Ja/Nein/Enthaltung))

**StR Heeg** ist der Ansicht, dass eine Einigung mit den Ortschaften erfolgen soll und die Vorlagen zurückgestellt werden sollten. Weiter spricht er sich für eine Erhöhung der Nutzungsgebühren um 10 € aus. Abstimmung: 5/6/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

**StR Maaß** erklärt, dass auch er für eine Angleichung der Benutzungsgebühren ist und alle Beschlussvorlagen zur Thematik "Erhöhung Benutzungsgebühren Dorfgemeinschaftshäuser" zurückgestellt werden sollten.

Abstimmung: 6/4/1 (Ja/Nein/Enthaltung)

#### 2.10 Änderung der Satzung für die Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses "Festburg" in der Ortschaft Löbnitz an der Linde

**Der OBm** informiert, dass die Mitglieder folgenden Antrag in der Sitzung des Ortschaftsrates gestellt haben: Der Ortschaftsrat bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Zweckbindung der Einnahmen der erhobenen Nutzungsgebühren durch Ausgaben für das Dorfgemeinschaftshaus (beispielsweise Anschaffungskosten neues Inventars - Geschirr, ...) möglich ist. Er erklärt, dass die jetzige Haushaltslage der Stadt Köthen (Anhalt) eine Zweckbindung nicht zulässt.

Weiter bittet der Ortschaftsrat die Verwaltung, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, dass eine Nutzung der Festburg für Veranstaltungen möglich ist (beispielsweise Amtsblatt, Internetseite der Stadt Köthen (Anhalt), Aushang an der Festburg).

Eine Veröffentlichung der Nutzung der Festburg auf der Internetseite der Stadt oder im Amtsblatt ist möglich und kann in Zusammenarbeit mit der Ortsbürgermeisterin erfolgen.

**StRn Buchheim** erklärt, dass auch bei dieser Beschlussvorlage die Benutzungsgebühr für Einheimische auf 65 € bis 50 Personen festgesetzt werden sollte und ab 51 Person auf 100 € bleiben sollte. (Abstimmung: 1/7/3 (Ja/Nein/Enthaltung))

**Der OBm** erklärt, dass die Verwaltung bzgl. der Klausel „Einheimische“ prüfen muss, ob der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt ist.

**StRn Gottschlich** ist für eine Bewerbung der Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser und erklärt, dass dies auch für alle erfolgen sollte.

**Frau Paschkowski** erklärt, dass diese beispielsweise von der Ortschaft Wülknitz ausdrücklich nicht gewollt ist.

Abstimmung: 5/6/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

#### 2.11 Änderung der Satzung zur Nutzung Dorfgemeinschaftshaus Wülknitz

**StR Heeg** fragt zu dem Antrag aus dem Ortschaftsrat Wülknitz, ob der Gemeinschaftsraum der Freiwilligen Feuerwehr Wülknitz aus der Benutzungsgebührensatzung zu streichen ist oder ob der Raum auch aus der Benutzungssatzung gestrichen werden soll oder weiterhin für Veranstaltungen genutzt wird und nur keine Gebühr eingenommen werden soll, dies gehe aus dem Antrag nicht hervor.

**Frau Paschkowski** erklärt, dass der Raum der Feuerwehr durch diese nicht gegen eine Gebühr an Außenstehende vermietet wird.

**StRn Gottschlich** stellt den Antrag, die Vermietung der Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Wülknitz und des Dorfgemeinschaftshauses Wülknitz auf 65 € festzulegen.  
(Abstimmung: entfällt – Antrag wird von ihr zurückgezogen)

**StR Maaß** fragt, wie es in den anderen Feuerwehren gehandhabt wird.

**StRn Beutler** spricht sich für eine Herabsetzung der Benutzungsgebühr für den Gemeinschaftsraum der Freiwilligen Feuerwehr Wülknitz auf 0 € und eine Erhebung von 65 € für das Dorfgemeinschaftshaus der Freiwilligen Feuerwehr Wülknitz aus.

**StRn Buchheim** spricht sich für eine einheitliche Regelungen von allen Dorfgemeinschaftshäusern und der Räumlichkeiten der Feuerwehren aus.

**StR Maaß** stimmt StRn Buchheim zu und erklärt weiter, dass die Kameraden der Feuerwehren der Stadt Köthen (Anhalt) keinen Nachteil aus einer Erhebung von Gebühren für Räumlichkeiten der jeweiligen Feuerwehr erfahren sollten.

**Der OBm** stellt die Beschlussvorlage ohne Abstimmung zurück und verspricht eine Erfassung bzw. Gegenüberstellung aller Räumlichkeiten der Feuerwehren und der Gemeinschaftshäuser für eine erneute Behandlung der Beschlussvorlage.

**StR Heeg** bittet um die Einladung aller betreffenden Ortsbürgermeister und Wehrleiter bei einer erneuten Behandlung der Beschlussvorlagen.

(Abstimmung: keine Abstimmung)

## 2.12 Vertragsverlängerung des Beleuchtungsvertrages

**Der OBm** erklärt Befangenheit und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung des Tagesordnungspunktes teil.

**Frau Rauer** erläutert, warum aus ihrer Sicht eine Vertragsverlängerung zur Betriebsführung der öffentlichen Beleuchtungsanlage für 4 Jahre zwischen der Stadt Köthen (Anhalt) und der MIDEWA sinnvoll ist. Sie erklärt, dass die Stromkosten marktgerecht sind und die Stadt Köthen in der derzeitigen Haushaltssituation auch bei einer Neuausschreibung keine höhere jährliche Investitionssumme für Sanierung und Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage bereitstellen kann. Weiter erklärt sie, dass die LED-Technik derzeit noch keiner vollständigen Standardisierung unterliegt, und die Preise für diese Technik in den kommenden 4 Jahren noch sinken werden. Die derzeitige Lichtpunktpauschale ist nach Einschätzung des ILB Rönitzsch deutlich zu hoch, aktuell wären Preise von ca. 30 €/LP zu erzielen. Allerdings liegen zu dieser Aussage keine konkreten Vergleiche zum Umfang der ausgeschriebenen Leistungen vor. Es ist mit Einsparungen zu rechnen, die Höhe hängt von den Bietern ab.

**StR Maaß** erklärt, dass bei einer Neuausschreibung sich mindestens drei Unternehmen beteiligen würden und fragt nach, wie realistisch ein Ausschreibungswert von 30 € pro Lichtpunkt ist.

**Frau Rauer** erklärt, dass ein niedrigerer Preis pro Leuchtpunkt erzielt werden könnte. Aus ihrer Sicht ist ein Preis von 30 €/LP jedoch zu niedrig angesetzt, da die von der Stadt

erforderten Leistungen wesentlich höher sind.



**StR Heeg** weist darauf hin, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen durch eine erneute Ausschreibung ein günstigeres Angebot annehmen konnte. Eine Ausschreibung würde eine Entlastung des Haushaltes ab 2018 nach sich ziehen. Die Ausschreibung sollte für einen geringeren Zeitraum erfolgen.

**Frau Rauer** erklärt, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen einen anderen Leistungsumfang bei der Ausschreibung gefordert hat als es die Stadt Köthen tun würde. Bei einer Ausschreibung sollte in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat ein Leistungskatalog für die Ausschreibung erstellt werden. Das Vergabeverfahren ist technisch und rechtlich sehr schwierig, der Beleuchtungsvertrag wird europaweit ausgeschrieben. Die Verwaltung benötigt hierfür externes Fachwissen. Deshalb müssen Mittel für die Ausschreibung für 2017 im Haushalt kalkuliert werden.

**StR Schönemann** informiert, dass die Stadt den Landkreis um Amtshilfe für EU-Ausschreibungen bitten kann. Er erklärt, dass bei einem Preis von 35 €/LP eine Einsparung für die Stadt gewährleistet wäre.

Abstimmung: 3/7/1 (Ja/Nein/Enthaltung)

#### 2.13 Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)

**StRn Buchheim** fragt nach den Berichten der Wirtschaftsförderung, die in früheren Sitzungen immer im nichtöffentlichen Teil unter „Informationen der Verwaltung“ erfolgt waren. Sie will wissen warum im Hauptausschuss über die Arbeit der Wirtschaftsförderung in der Stadt nicht mehr berichtet wird.

**Der OBm** erklärt, dass ab den nächsten Hauptausschuss informiert wird.

**StR Müller** fragt nach der zeitlichen Abfolge der Stellenbesetzung der Prüferstelle Bauordnungsamt.

**Frau Rauer** erklärt, dass auf einen Bewerber aus dem Ausschreibungsverfahren zurückgegriffen wurde, sodass kein neues Ausschreibungsverfahren begonnen werden muss.

**Der OBm** erklärt, dass eine genaue zeitliche Abfolge nachgereicht wird.

**StRn Gottschlich** lädt die Stadträte zur Ausstellung des Plastik- und Keramikstudios am 14.12. in die Räumlichkeiten in der Springstraße 5 ein.

**StR Heeg** lädt zum CDU-Stammtisch am 04.12. ein.

**StR Schönemann** verliest eine Anfrage der StRn Lange, in der sie den Oberbürgermeister bittet, sich zu dem Vorfall in der Fachhochschule zu positionieren. Weiter fragt sie, welche Schritte unternommen werden, dass sich die Bürger der Stadt sicher fühlen.

**Der OBm** erklärt, dass für die Sicherheit in der Stadt die Polizei zuständig ist und die Stadt bei Ordnungswidrigkeiten tätig wird.

**StRn Gottschlich** gibt zu bedenken, dass der Vorfall nicht im öffentlichen Raum passiert ist.

**StR Schönemann** interpretiert die Anfrage von StRn Lange als eine Positionierung im Sinne einer Kampagne wie beispielsweise „Gewaltfreies Köthen“, die Bürger der Stadt sollten den

Vorfall nicht hinnehmen, sondern ihre Stimme erheben. Aus seiner Sicht sollte hier der erste Schritt durch den Stadtrat und dem Oberbürgermeister erfolgen.

**Der OBm** erklärt, dass eine Initiative in Gründung ist und StRn Lange sich bei dieser einbringen kann.

**StRn Beutler** geht auf den Vorfall im Mensakeller ein, sie erklärt, dass der Veranstalter für die Sicherheit zuständig ist. Weiter führt sie an, dass es in Köthen bereits Kampagnen gegen rechts gegeben hat, die sehr gut angenommen wurden beispielsweise die Aktion „Köthen hat kein Rad ab“.

Ende des öffentlichen Teils